



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen der Gemeinde Nottuln am 09.10.2013.

Sitzungsort: in der von Aschebergschen Kurie, Stiftsstraße 4, 48301 Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:15 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzender

Wolf-Herbert Haase SPD

Ratsmitglieder

Renate Brülle-Buchenau SPD

Valerie Fender SPD

Walburga Frie CDU

Dr. Martin Geuking FDP

Gerd Grzeschik UBG

Thomas Höcker CDU

Alfred Hübner UBG

Christof Peter-Dosch Bündnis 90/Die Grünen

Roswitha Roeing-Franke CDU

Heinrich Rütering CDU für Herrn Rulle

Benedikt Wessling CDU

Sachkundige Bürger

Josef Flögel Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Hülsken CDU

Heinz Niederschmidt

CDU

Stellvertr. sachk. Bürger

Herbert van Stein

für Herrn Imholt

Von der Verwaltung

Petra Bunzel

Klaus Fallberg

Karsten Fuchte

ab 20:00 Schriftführung

Michael Kneuer

Schriftführung

Maria Odenthal

anwesend bis 20:00

Karsten Fuchte

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Wolf Haase, stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2	Bestimmung eines Mitgliedes, das die Sitzungsniederschrift mit unterschreibt
----------	---

Zur Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschrift wird Ratsherr Benedikt Wessling bestimmt.

3	Anträge und Eingänge
----------	-----------------------------

Zu Tagesordnungspunkt 5.2: „Spielplatzentwicklungskonzept 2013 – Bestandsaufnahme“ liegt eine Ergänzung zur Vorlage 146/2013 vor. Die Ergänzung ist dem Originalprotokoll als Anlage 1 beigefügt.

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen liegt als Tischvorlage eine „Resolution zum Erhalt der Platanen an der Dülmener Straße“ vor. Die Resolution wird ohne Aussprache zur Beratung an den Rat verwiesen. Die Tischvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage 2 beigefügt.

Ratsfrau Roing-Franke beanstandet das Protokoll des Ausschusses vom 25.09.2013. Sie beantragt unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes, öffentlich“ zum Thema „Platanen an der Dülmener Straße“ zu ergänzen, dass der Vorschlag, die Platanen auf der straßenabgewandten Seite des Radwegs einzupflanzen, von ihr im Namen der CDU-Fraktion eingebracht wurde.

Beschlussvorschlag:

Änderung des Protokolls der Ausschusssitzung vom 25.09.2013 gemäß dem o.g. mündlichen Antrag von Ratsfrau Roing-Franke.

**Abstimmungsergebnis:
Einstimmig angenommen.**

Ja: 16	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

4	Umweltangelegenheiten
----------	------------------------------

**4.1 Klimaschutz;
hier: Klimaschutzkonzept
Vorlage: 149/2013**

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (149/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 3 beigelegt.

Herr Fallberg hält einen einführenden Vortrag.

Herr Flögel sagt, dass auf Grund der vorhandenen Konzepte bereits eine gute Datenbasis für das Klimaschutzkonzept vorhanden sei.

Er schlägt ein Vorgehen analog zu dem bei der Erstellung des integrierten Verkehrsentwicklungs-konzeptes vor: Der Ausschreibungstext solle vor dem Versand dem Ausschuss zur Prüfung vorgelegt werden. In Frage kommende Gutachterbüros sollen sich in einer Ausschusssitzung vorstellen. Der Vorschlag wird allgemein begrüßt.

Herr Flögel erkundigt sich, ob die Anforderungen an ein Klimaschutzgebiet vordefiniert seien. Frau Bunzel bestätigt, dass vorhandene Daten für die Konzepterstellung genutzt werden könnten. Sie erklärt, dass die Förderrichtlinien inhaltliche Vorgaben für die Erstellung der Konzepte machen. Bezüglich der Fördergeldbeantragung habe ein informeller Austausch mit anderen Kommunen im Kreis stattgefunden.

Ratsfrau Fender bittet um eine Einschätzung, wie hoch die Wahrscheinlichkeit einer Förderzusage ist und wie wahrscheinlich die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes ab Frühjahr 2014 zur Pflichtaufgabe für die Gemeinden wird. Frau Bunzel erklärt, dass die Aussicht auf eine Förderung hoch sei. Sie sichert zu, die exakten Förderbedingungen zu recherchieren. Die Verabschiedung eines Gesetzes, das Klimaschutzkonzepte zur gemeindlichen Pflichtaufgabe macht, sei in diesem Jahr hingegen nicht zu erwarten.

Ratsfrau Roeing-Franke berichtet, dass sich in der Landesregierung ein Arbeitskreis gebildet habe, der sich mit dem Thema Klimaschutzkonzepte auseinandersetze und dessen Ergebnisse in voraussichtlich ein bis zwei Jahren zu erwarten seien. Sie vermutet, dass sich aus diesem Arbeitskreis Vorgaben für die Klimaschutzkonzepte in Kommunen ergeben könnten. Sie fragt nach, ob die Teilnahme am European Energy Award (EEA) von der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes abhängig sei. Frau Bunzel erläutert, dass die Teilnahme am EEA unabhängig von der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes möglich sei. Für die angestrebte erneute Gold-Zertifizierung sei es jedoch notwendig. Alternativ müsse die Gemeinde andere herausragende Maßnahmen vorweisen können, die ein fehlendes Klimaschutzkonzept ausgleichen können. Herr Fallberg äußert die Sorge, dass es in ein bis zwei Jahren keine Förderung für Klimaschutzkonzepte mehr geben könnte. Er plädiert daher dafür, die vorhandenen Fördermöglichkeiten jetzt zu nutzen, auch wenn ggf. in einigen Jahren das Klimaschutzkonzept inhaltlich nachgearbeitet werden müsse.

Ratsherr Dr. Geuking möchte konkret wissen, welche Inhalte ein Klimaschutzkonzept haben könnte. Ratsfrau Fender verweist diesbezüglich auf den Inhalt der Sitzungsvorlage. Herr Dr. Geuking konstatiert, dass in der Vergangenheit Konzepte wie das Einzelhandelskonzept oder das Verkehrsentwicklungs-konzept „umsonst“ erstellt wurden und die Ergebnisse nicht genutzt werden.

Herr van Stein rechnet nicht damit, dass sich aus einem Klimaschutzkonzept neue inhaltliche Erkenntnisse ergeben könnten, da die Gemeinde bereits heute sehr viele Maßnahmen durchführe.

Ratsherr Peter-Dosch argumentiert, dass bislang eine Klammer um die durchgeführten Einzelmaßnahmen fehlt, die das Klimaschutzkonzept geben könne. Die Klammer sei notwendig, um die

Bevölkerung umfassend und verknüpft über das Thema Klimaschutz in Nottuln zu informieren. Er teilt die Befürchtung nicht, dass es zu Mehrarbeit kommt, wenn Klimaschutzkonzepte zur Pflichtaufgabe der Gemeinde erklärt würden. Erfahrungsgemäß seien die Anforderungen für die Förderung eines solchen Konzeptes höher als die Forderungen, die der Gesetzgeber an Pflichtaufgaben der Gemeinde stelle. Die Gemeinde sei daher gut aufgestellt, wenn sie bereits jetzt ein Klimaschutzkonzept erarbeiten lasse.

Ratsfrau Fender erwartet sich von der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes auch eine positive Wirkung für das Image und Marketing der Gemeinde.

In Bezug auf Tagesordnungspunkt 4.2 merkt Herr Hülsken an, dass bereits die politische Arbeitsgruppe damit beauftragt werden soll, Klimaschutzmaßnahmen zu entwickeln. Er befürchtet, dass mit der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes unnötige Doppelarbeit verbunden ist. Er bitte um Aufklärung, in welchem Zusammenhang die Förderung des Bundes zur vom Land vorgegebenen Klimaschutzaufgabe stehe.

Ratsfrau Roeing-Franke kommt zu dem Schluss, dass Klimaschutz in Nottuln auch ohne Klimaschutzkonzept möglich sei. Ratsherr Haase wirft die Frage in den Raum, ob eine weitere Teilnahme am EEA zur Debatte gestellt werden müsse, wenn kein Klimaschutzkonzept in Auftrag gegeben wird. Sein Vorschlag, auch den Tagesordnungspunkt 4.2 zu vertagen, findet seitens der CDU-Fraktion sowie von Herrn Fallberg keine Zustimmung und kommt nicht zu Abstimmung.

Herr Fallberg schlägt vor, zur nächsten Ausschusssitzung den derzeit beauftragten EEA-Berater für einen Vortrag über Klimaschutzkonzepte einzuladen und die Entscheidung in den nächsten Ausschuss zu vertagen.

Er weist zudem auf die Veranstaltung zur Enthüllung der jüngst aufgestellten der EEA-Schilder an der Kreuzung Daruper Straße / Ecke Schlaunstraße am 15.10.2013 um 17:30 Uhr hin.

Beschluss:

Die Entscheidung wird auf die kommende Ausschusssitzung vertagt, in der der European-Energy-Award-Berater der Gemeinde Nottuln zum Thema Klimaschutzkonzepte referieren wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig vertagt

Ja: 16	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

4.2 Klimaschutz; hier: Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Umsetzung der 2012 beschlossenen energetischen Zielplanung Vorlage: 150/2013

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (150/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 4 beigelegt.

Für die Fraktionen werden folgende Vertreter/innen für die interfraktionelle Arbeitsgruppe benannt:

CDU-Fraktion: Klaus Oberesch, Hartmut Rulle
FDP-Fraktion: Helmut Walter, Dr. Martin Geuking
UBG-Fraktion: Die Vertreter/innen werden nachbenannt
Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion: Christof Peter-Dosch, Josef Flögel
SPD-Fraktion: Valerie Fender, Wolf-Herbert Haase

Beschlussvorschlag:

1. Um dem Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen beschlussfähige Vorschläge zur unterbreiten zu können, wird eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet, die aus je zwei Vertretern/innen der Fraktionen/Parteien, Vertretern der Verwaltung und dem Energieberater der Gemeinde Nottuln besteht (Benennung s. Wortprotokoll).
2. Die Gemeinde Nottuln soll in Zusammenarbeit mit einem externen Energieberater und der interfraktionellen Arbeitsgruppe Vorschläge zur Umsetzung der 2012 vom Rat beschlossenen energetischen Zielplanung erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja: 16	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

5 Planungsangelegenheiten

5.1 Antrag der CDU Fraktion im Rat der Gemeinde Nottuln vom 01.08.2013 Spielplatzkonzept in der Gemeinde Nottuln Vorlage: 131/2013

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (131/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 5 beigelegt.

Ratsfrau Roeing-Franke unterstützt die Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung des Spielplatzkonzepts. Ratsherr Hübner spricht sich dafür aus, keine Spielplatzgrundstücke zu verkaufen, sondern eine Umnutzung anzustreben. Ratsherr Rütering möchte die Entscheidung im konkreten Einzelfall treffen. Herr Fallberg erklärt, dass es grundsätzlich um die Frage gehe, ob lieber viele kleinere Wohnortnahe Spielplätze oder einige wenige mit dafür besserer Ausstattung gewünscht sind.

Herr Fallberg informiert die Ausschussmitglieder über die Änderungen des Beschlussvorschlags, die im Ausschuss für Familie, Soziales, Bildung und Freizeit vorgenommen wurden. Die Ausschussmitglieder beschließen, die Änderungen aus diesem Ausschuss für Ihre Beschlussfassung zu übernehmen. Herr van Stein bittet darum, über jeden der drei Beschlussvorschläge einzeln abzustimmen. Der Bitte wird gefolgt.

Beschlussvorschlag:

1. Das Spielplatzkonzept der Gemeinde Nottuln wird in einem laufenden Prozess weiterentwickelt. Die wesentlichen Veränderungen werden dem zuständigen Ausschuss vorgestellt. Im Besonderen Familien mit Kindern werden geeignete Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt. Dazu wird gerade in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen und in den Nachbarschaften in geeigneter Weise auf das Spielplatzkonzept hingewiesen und zur Mitwirkung aufgerufen. Gerade durch die Einbeziehung der Nachbarschaften wird auch die lokale Akzeptanz des Spielplatzes und dessen „Nebenwirkungen“ gesteigert (Ballspielmöglichkeiten, Geräuscentwicklungen usw.). Außerdem wird auf der Homepage der Gemeinde Nottuln zur entsprechenden Mitwirkung eingeladen. Auch die Einrichtung einer speziellen E-Mail Adresse (z.B. spielplatz@nottuln.de) wird in diesem Zusammenhang geprüft.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Ja: 16	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

2. Beschlussvorschlag 2 der Vorlage wird ersatzlos gestrichen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Ja: 16	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

3. Sollte es zu einem Verkauf einer nicht mehr benötigten Spielplatzfläche kommen, wird der Verkaufserlös zur Attraktivitätssteigerung der verbleibenden Spielplätze verwendet.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja: 13	Nein: 3	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

5.2 Spielplatzentwicklungskonzept 2013 -Bestandsaufnahme- Vorlage: 146/2013

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (146/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 6 beigelegt.

Herr Kneuer hält einen einleitenden Vortrag. Dabei korrigiert er die in der Vorlage genannten 134.391 € Gesamtkosten für die Unterhaltung der Spielplätze auf einen Betrag von 133.144€ nach unten.

Herr van Stein regt an, auch fehlende Spielplätze bei der Bestandsaufnahme zu erfassen und schlägt die Errichtung eines Spielplatzes auf dem Marktplatz vor der Kirche vor.

Ratsfrau Roeing-Franke fragt, in wie weit durch das „zustimmend zu Kenntnis nehmen“ im Beschlussvorschlag schon eine Vorentscheidung über den weiteren Umgang mit den Spielplätzen

getroffen wird. Auf Anregung von Ratsherrn Haase wird das Wort „zustimmend“ aus dem Beschlussvorschlag gestrichen. Der Beschlussvorschlag wird dahingehend ergänzt, dass auch fehlende Spielplätze in die Bestandsaufnahme aufgenommen werden.

Beschlussvorschlag:

Das Spielplatzkonzept 2013 wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, Kontakt zu den Anwohnern/Nutzern der benannten 5 Spielplätze mit geringem Nutzungspotential aufzunehmen und über die Ergebnisse der Gespräche in einer der nächsten Sitzungen zu berichten.

Die im Ausschuss gemachten Vorschläge (Aufnahme fehlender Spielplätze in die Bestandsaufnahme) werden angenommen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja: 15	Nein: 1	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

5.3	22. Änderung des Bebauungsplans Nr. 007 "Schapdetten Süd-Ost" - Satzungsbeschluss Vorlage: 142/2013
------------	--

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (142/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 7 beigelegt.

Der Beschluss erfolgt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Die in Anlage 1 gegebenen Abwägungsempfehlungen werden beschlossen.

Die vorliegende 22. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 007 „Schapdetten Süd-Ost“ (siehe Anlage 3) im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a Baugesetzbuch wird gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen. Die zugehörige Begründung (siehe Anlage 4) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja: 16	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

5.4	Ausnahme von der Veränderungssperre für den künftigen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 127 "Auf der Burg"; hier: Hagenstraße 18 Vorlage: 153/2013
------------	---

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (153/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 8 beigelegt.

Herr van Stein erkundigt sich, ob eine private Erschließung über das Vorhabengrundstück zu den

Hinterliegergrundstücken „Auf der Burg“ möglich wäre. Er möchte alternativ wissen, ob eine öffentliche Erschließung auf das Gelände „Auf der Burg“ am südlichen Rand des Vorhabengrundstücks denkbar wäre. Frau Roeing-Franke spricht sich deutlich gegen eine öffentliche Erschließung und Bebauung „Auf der Burg“ aus.

Herr Fuchte erläutert, dass eine Erschließung zwar möglich, eine Nutzung als Bauland jedoch weiterhin planungsrechtlich unzulässig wäre. Er weist darauf hin, dass noch in diesem Jahr eine Grundsatzentscheidung zum weiteren Bebauungsplanverfahren und der Veränderungssperre „Auf der Burg“ notwendig wird, die für eine der kommenden Sitzungen vorbereitet wird.

Herr Leeker, Architekt des betroffenen Bauvorhabens erklärt, dass derzeit keine Bebauung im hinteren Bereich des Grundstücks geplant sei. Es sei unter anderem auch deshalb ein Abstand zur Nachbarbebauung gelassen worden, weil in der städtebaulichen Gesamtsituation der Hagenstraße eine geschlossene Randbebauung unpassend sei. Nach seinem Kenntnisstand haben die Bauherren derzeit kein Interesse an einer öffentlichen Erschließungsstraße über ihr Grundstück.

Beschlussvorschlag:

Einer Ausnahme von der Veränderungssperre gem. § 14 Absatz 2 BauGB für das in Anlage 3 abgedruckte Bauvorhaben wird unter der Maßgabe zugestimmt, dass die Antragsunterlagen dahingehend geändert werden, dass der hintere Grundstücksteil deutlich weniger durch Garagen, Carports sowie die Hofanlage in Anspruch genommen wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja: 15	Nein: 1	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

6 Verkehrsangelegenheiten

6.1 Antrag der FDP-Fraktion: Verkehrssituation auf der K 19 zwischen Marienhof und Gut Holtmann Vorlage: 148/2013

Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt (148/2013) ist dem Originalprotokoll als Anlage 9 beigelegt.

Einleitend erläutert Ratsherr Dr. Geuking den Antrag der FDP-Fraktion.

Der Beschluss erfolgt im Anschluss ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Gemäß Antrag:

Der zuständige Gemeindeentwicklungsausschuss möge die Gemeindeverwaltung beauftragen, mit der Kreisbehörde Coesfeld Kontakt aufzunehmen und Maßnahmen zur Verkehrssicherung auf der

K 19 zwischen dem Marienhof und Gut Holtmann erwirken.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen**

Ja: 16	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

7 Ordnungsangelegenheiten

8 Verschiedenes

Aus den Reihen des Ausschusses wird auf das noch nicht abgebaute Baustellenschild zur Baustelle am Bahnhof Appelhülsen hingewiesen. Die Verwaltung wird die Deutsche Bahn entsprechend informieren.

Ferner wird auf ein mutmaßlich einsturzgefährdetes Haus an der Dülmener Straße hingewiesen. Die Verwaltung wird die Bauaufsichtsbehörde entsprechend informieren und bitten die Situation zu prüfen.

Auf Rückfrage aus den Reihen des Gemeindeentwicklungsausschusses wird erläutert, dass es bezüglich der baulichen Entwicklung im Bereich des ehemaligen Raiffeisengeländes in Appelhülsen keine neuen Informationen gibt.

Wolf-Herbert Haase
Vorsitzender

Benedikt Wessling
Ausschussmitglied

Karsten Fuchte
Maria Odenthal
Schriftführer